

Handelsblatt print: Nr. 189 vom 01.10.2019 Seite 018 / Unternehmen & Märkte

NACH DEAL MIT EON

RWE will klimaneutral werden

Deutschlands größter Kohlekonzern möchte bei den erneuerbaren **Energien führend werden. Umweltschützern geht der Wandel immer noch nicht schnell genug.**

Jürgen Flauger Essen

Den Veranstaltungsort hatte RWE-Chef Rolf Martin Schmitz ganz bewusst gewählt. Hier, in der Altenessener Straße im Norden der Ruhrgebietsmetropole, war der Konzern 1898, vor 121 Jahren, gegründet worden. In den Rohbau, in dem Schmitz am Montagmorgen Journalisten zur Pressekonferenz empfing, wird er mit dem Management im Sommer kommenden Jahres einziehen.

Alter Standort, neue Zentrale: RWE ist im Aufbruch, lautete die Botschaft. "Heute beginnt die Ära der neuen RWE", hielt der 62-Jährige entschlossen fest - und unterstrich das mit einer überraschenden Ankündigung: "Bis 2040 wird unser Unternehmen klimaneutral sein."

RWE, Deutschlands Kohlekonzern Nummer eins, will dann nicht mehr selbst zur globalen Klimaerwärmung beitragen? Die Ankündigung klingt zunächst revolutionär. Derzeit ist der Konzern das Feindbild Nummer eins der Klimaschützer. Mit seinen Kraftwerken stößt er nicht nur so viel des klimaschädlichen CO₂ aus wie kein zweites Unternehmen in Europa - im vergangenen Jahr immerhin 118 Millionen Tonnen. RWE fördert zudem Braunkohle im großen Stil in eigenen Tagebaubetrieben im Rheinischen Revier.

Doch bei näherer Überlegung ist die Ankündigung nicht ganz so revolutionär: RWE wird zu einem großen Teil von der Politik dazu getrieben. Deutschland wird spätestens bis 2038 aus der Kohleförderung und -verstromung aussteigen. Das hat Anfang des Jahres die Kohlekommission vorgeschlagen, und das will die Bundesregierung umsetzen, wie sie jüngst in ihrem Klimapaket festgehalten hat.

Tatsächlich reagiert RWE aber offensiv auf den Abschied vom traditionellen Geschäftsmodell: "Wir werden einer der weltweit größten Anbieter von erneuerbaren **Energien**", kündigte Schmitz bei der Pressekonferenz auch an. Den ersten Deal für dieses Ziel haben Schmitz und RWE jetzt perfekt gemacht. Im Zuge des umfangreichen Tauschs von Aktivitäten mit Eon übernimmt RWE ein umfangreiches Portfolio an erneuerbaren **Energien**.

Schmitz hatte den Deal im März 2018 mit Eon-Chef Johannes Teyssen vereinbart. Dabei sicherte sich Eon die bisherige RWE-Tochter Innogy, behält aber nur die Sparten Vertrieb und Netz. RWE erhält im Gegenzug unter anderem die erneuerbaren **Energien** von Innogy, aber auch die, die bislang Eon betrieben hat. Nachdem vor wenigen Tagen die EU-Kommission die Transaktion final genehmigte, konnte Eon die Übernahme von Innogy vollziehen und RWE diejenige des Erneuerbaren-Portfolios.

Durch die Transaktion wird der RWE-Konzern, der sich bei der Abspaltung von Innogy noch operativ aus den erneuerbaren **Energien** zurückgezogen hatte, auf einen Schlag zu einem führenden Produzenten von grünem Strom. RWE übernimmt eine Kapazität von neun Gigawatt. Das ist zwar nur ein Viertel der Leistung, die der Konzern in Atom-, Kohle- und Gaskraftwerken hat. RWE ist damit aber weltweit der viertgrößte Produzent von grünem Strom nach Iberdrola aus Spanien, Next Era Energy aus den USA und der italienischen Enel. Zusätzlich sind bereits Windanlagen und Solarparks mit weiteren 2,6 Gigawatt im Bau.

Künftig will RWE seine Investitionen vorrangig in diesen Bereich lenken. Dafür stellt das Unternehmen 1,5 Milliarden Euro netto pro Jahr bereit - für Windanlagen, Photovoltaik und Speicher. Die erneuerbaren **Energien** würden künftig 60 Prozent des Ergebnisses erwirtschaften, hielt Finanzvorstand Markus Krebber fest. Nur noch 20 Prozent werden aus dem konventionellen Bereich kommen und je zehn Prozent aus **Energiehandel** und Finanzbeteiligungen.

Das Ziel der Klimaneutralität bis 2040 will RWE mit einem dreistufigen CO₂-Minderungsplan erreichen. Von 2012 bis 2018 hat das Unternehmen nach Schmitz' Worten den Ausstoß des Treibhausgases bereits um ein Drittel beziehungsweise 60 Millionen Tonnen verringert. Bis 2030 solle eine Verringerung gegenüber 2012 um 70 Prozent erreicht werden. Dafür will RWE im kommenden Jahr in Großbritannien das letzte Kohlekraftwerk stilllegen und in Deutschland bis 2030 entsprechend dem geplanten Kohleausstieg schrittweise Kohleanlagen vom Netz nehmen. In den Niederlanden plant RWE, zwei Kohlekraftwerke auf die Befeuerung mit Biomasse umzustellen.

Bis 2038 sollen in Deutschland die letzten Kohleanlagen vom Netz gehen. 2040 will RWE dann neben Wind- und

Solaranlagen auf **Energiespeicher**, Biomasse und vornehmlich mit "grünem" Gas betriebene Gaskraftwerke setzen. "Wir setzen uns an die Spitze der Bewegung", sagt Schmitz.

/// Gesetz verzögert sich // .

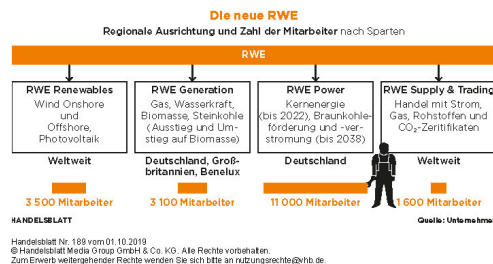
Umweltschützer sehen das freilich anders. Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) bezeichnete den Kurswechsel als "ein durchschaubares Manöver", um sich den Verbraucherinnen und Verbrauchern gegenüber ökologischer zu geben, ohne wirklich einen Schlussstrich unter die Kohleverstromung zu ziehen. "RWE muss für einen glaubwürdigen Kurswechsel deutlich mehr tun, als **erneuerbareEnergien** einzukaufen", erklärt BUND-Chef Hubert Weiger. "Der Konzern bleibt so lange unglaublich, wie er zugleich Braunkohle auf Hochtouren verstromt und seine Bagger weiter ungebremst Richtung Hambacher Wald und Dörfer vorstoßen." Karsten Smid, **Energieexperte** von Greenpeace, forderte ebenfalls einen schnelleren Kohleausstieg: "Europas größter CO₂-Verschmutzer übernimmt mit dieser Ankündigung keine Verantwortung für die Klimakrise." Alle Kohlekraftwerke müssten "schrittweise bis spätestens 2030 vom Netz".

RWE-Chef Schmitz fordert seinerseits mehr Tempo von der Bundesregierung, um die Vorschläge der Kohlekommission in Gesetzesform zu bringen. "Mich befremdet es auch etwas, dass es länger braucht, es umzusetzen, als es zu erfinden", sagte Schmitz. Je eher man in den Ausstieg einsteige, desto früher fielen auch die Emissionen weg. Deshalb sei der Gesetzgeber "stärker am Zug als wir".

Laut Schmitz gibt es alle 14 Tage auf Arbeitsebene Gespräche mit dem Bundeswirtschaftsministerium. Aber offenbar stecken die Gespräche fest. Eigentlich war bis Oktober mit einer Gesetzesvorlage gerechnet worden. Das ist aber nicht in Sicht. Vor allem die Entschädigung der Konzerne ist umstritten.

Kommentar Seite 28

Flaiger, Jürgen



Quelle:	Handelsblatt print: Nr. 189 vom 01.10.2019 Seite 018
Ressort:	Unternehmen & Märkte
Branche:	ENE-01 Alternative Energie B ENE-16 Strom B ENE-16-01 Stromerzeugung P4911 ENE-16-03 Stromversorgung P4910
Börsensegment:	dax30 ICB7575 stoxx mdax dax30 ICB7575 stoxx
Dokumentnummer:	F814E37E-F1F0-406C-B825-B75532B68FE8

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/HB_F814E37E-F1F0-406C-B825-B75532B68FE8%7CHBPM_F814E37E-F1F0-406C-B825-E

Alle Rechte vorbehalten: (c) Handelsblatt GmbH